

Medienmitteilung

Teilrevision des Sozialhilfegesetzes

Arbeit soll sich lohnen - BDP kann sich mit den Massnahmen grossmehrheitlich einverstanden erklären

Der Regierungsrat will wie angekündigt, gezielt Massnahmen ergreifen, um die Sozialhilfeleistungen zu optimieren und den Kanton wie auch die Gemeinden finanziell zu entlasten. Ganz nach dem Grundsatz «Arbeit soll sich lohnen», kann sich die BDP zu einer maximalen 10%igen Kürzung des Grundbedarfes der SKOS Richtlinien einverstanden erklären, fordert aber, dass Alleinerziehende mit Kindern bis zum Eintritt in den Kindergarten/Basisstufe von dieser Kürzung ausgenommen werden.

Die BDP ist grundsätzlich mit den Massnahmen einverstanden. Die BDP will aber, dass Alleinerziehende mit Kindern bis zum Eintritt in den Kindergarten respektive bis zum Eintritt in die Basisstufe/Volkschule von dieser maximalen Kürzung von 10% ausgenommen werden. Kinder im Vorschulalter dürfen nicht der Grund sein, unverschuldet durch Kürzungen bestraft zu werden.

Die Kürzungen des Grundbedarfes von 15 bis 30% für junge Erwachsene im Alter von 18 bis 25 unterstützt die BDP. Für vorläufig Aufgenommene, die mehr als 7 Jahre in der Schweiz leben und kein Einkommen haben, ist die BDP bereit mindestens eine Kürzung von 15% des Grundbedarfes vorzusehen. Auch die Kürzung des Grundbedarfes um 30% für Ausländer ohne Sprachkenntnis einer Amtssprache findet in der BDP Unterstützung. Die BDP will aber parallel zu den Kürzungen auch Anreize für Zulagen schaffen. Dazu gehören insbesondere die Integrationszulagen (100 bis 300 Franken pro Person) und der Einkommensfreibetrag (von 400 auf 700 Franken erhöhen), welche der Regierungsrat ebenfalls vorsieht.

So sind auch die Schwelleneffekte im Vergleich mit Arbeit im tiefen Lohnsegment, welche regulär versteuert werden muss, ein wichtiges Anliegen und sollte in der anstehenden Steuergesetzrevision angegangen und geklärt werden. Hierzu hat sich die BDP in der Vernehmlassung geäussert.

Dass Regierungsrat Schnegg bereits zum heutigen Zeitpunkt mit einem Referendum rechnet erstaunt die BDP. In Anbetracht der kontroversen Meinungen, welche bekannterweise von den verschiedenen Parteien und Verbänden vorliegen, hätte es die BDP begrüsst, wenn mit den neuen Vorschlägen von Regierungsrat Schnegg ein verkürztes Vernehmlassungsverfahren durchgeführt worden wäre. Im Sinne einer transparenten Diskussionsgrundlage hätte es der Sache sicher gedient und sicher nicht geschadet.

Die BDP weist nochmals darauf hin, dass sich Arbeit lohnen soll. Es gibt viele junge Familien, welche mit einem Mindestgrundlohn zwischen 4'500 und 5'000 Franken leben müssen. Diese Personen bezahlen die Kosten von Miete, Sozialversicherungen und medizinische Grundversorgung selber. Diese Tatsache sollte auch in der Diskussion um die vorgesehenen Massnahmen nicht vergessen gehen.

Auskunft:

Anita Herren, Grossrätin
079 246 54 36

3. Juli 2017